

Beschluss-(Resolutions-)antrag

der ÖVP-Gemeinderätinnen und Gemeinderäte Dr. Michael GORLITZER, Ingrid KOROSEC, Dr. Katarzyna GRECO und Ing. Erol HOLAWATSCH, Msc, eingebracht in der Sitzung des Gemeinderates der Stadt Wien am 27.06.2022 zu Post 1 der Tagesordnung (Spezialdebatte Soziales, Gesundheit und Sport)

betreffend Wiener Adipositas Expertennetzwerk

Am 21. Juni 2022 wurde im Rahmen einer Pressekonferenz die Österreichische Adipositas Allianz vorgestellt. Sie bildet eine enge Zusammenarbeit aus mehreren Fachgesellschaften wie der Österreichischen Adipositas Gesellschaft (ÖAG), der Österreichischen Gesellschaft für Kinder- und Jugendheilkunde (ÖGKJ) und der Österreichischen Gesellschaft für Adipositas- und Metabolische Chirurgie (ÖGAMC). Weiters sind an der Allianz die Ärzte- und Apothekerkammer sowie Betroffene im Rahmen der European Association for the Study of Obesity (EASO) und European Coalition for People living with Obesity (ECPO).

Die österreichische Gesundheitsbefragung der Statistik Austria zeigt, dass 2,5 Millionen Menschen über 15 Jahren von Übergewicht betroffen sind, 16,6% leiden an Adipositas. Aber auch bis zu 8000 Kinder- und Jugendliche leiden unter schwerer Adipositas.

Die Folgen dieser chronischen Krankheit ziehen zahlreiche weitere psychische und körperliche Schäden nach sich. Langfristig werden vermehrt kardiovaskuläre Erkrankungen verzeichnet, aber auch die deutliche Zunahme von Diabetes und orthopädischen Leiden stehen im Zusammenhang mit Adipositas.

Im Sinne der Adipositas Allianz und der deutlichen Zunahme dieser chronischen Krankheit ist es sinnvoll, ein Wiener ExpertInnen-Netzwerk unter Einbeziehung aller Stakeholder einzurichten. Dieses Netzwerk soll die neu gegründete Allianz bei ihrer Arbeit unterstützen.

Die gefertigten Gemeinderätinnen und Gemeinderäte stellen daher gem. § 27 Abs. 4 der Geschäftsordnung des Gemeinderates der Stadt Wien folgenden

Beschlussantrag:

Der Wiener Gemeinderat fordert die zuständigen Stellen der Stadt Wien auf, umgehend ein Wiener ExpertInnen-Netzwerk für Adipositas einzuberufen, um die Entwicklung dieser Volkskrankheit zu evaluieren und zu beobachten. Das Netzwerk soll alle beteiligten Stakeholder einbeziehen und notwendige Schritte erarbeiten, um den Anteil der Wiener Bevölkerung an Adipositas leidender Menschen zu senken.

In formeller Hinsicht wird die Zuweisung an den zuständigen Gemeinderatsausschuss Soziales, Gesundheit und Sport verlangt.

Wien, 27.06.2022

Beschluss-(Resolutions-)antrag

der ÖVP-Gemeinderätinnen und Gemeinderäte Mag. Bernadette ARNOLDNER, Sabine KERI, Ingrid KOROSEK, Dr. Michael GORLITZER, Ing. Erol HOLAWATSCH, MSc, und Dr. Katarzyna GRECO, eingebracht in der Sitzung des Gemeinderates der Stadt Wien am 27.06.2022 zu Post 1 der Tagesordnung (Spezialdebatte Soziales, Gesundheit und Sport)

betreffend Aufwertung des Frauensports

Über alle Branchen hinweg ist der Einkommensunterschied zwischen Männern und gleich qualifizierten Frauen problematisch. Laut Statistik Austria betrug 2020 der allgemeine Gender Pay Gap auf EU-Ebene 13,0%. Deutlich überdurchschnittlich liegt dieser in Österreich mit 18,9% auf Platz 3. Zwar hat sich der Gehaltsunterschied in den letzten 10 Jahren jährlich ein wenig verbessert, was jedoch im Allgemeinen noch keinen besonderen Erfolg bedeutet. Am deutlichsten erkennbar ist dieser Gehaltsunterschied im Bereich des Sports, vor allem im Fußballbereich. In einem interdisziplinären Forschungsprojekt¹ wurden weltweit Fußballvereine beider Geschlechter sowie deren Gehälter analysiert und es kam zum Ergebnis, dass männliche Fußballer etwa 50 bis 200-Mal mehr als Fußballerinnen in derselben Liga verdienen. In Österreich liegt das Jahreseinkommen von Fußballerinnen schätzungsweise bei 30.000€ brutto.

Auch im Bereich der Werbeverträge gibt es drastische Unterschiede. Während bekannte Profifußballerinnen – wenn überhaupt – oft nur einen vierstelligen Jahresbetrag bekommen, wird männlichen Profifußballern das Hundert- bis Tausendfache gezahlt. Hinsichtlich des Sponsorings erhält der Frauensport mit sieben Prozent den geringsten Anteil an Sponsorereinnahmen im Vergleich zum Männersport. Da der Sport von der medialen Aufmerksamkeit abhängt, befindet sich der Frauensport in einem „Teufelskreis“. Denn ohne Aufmerksamkeit werden auch die Sponsoren kaum willens sein, mehr Geld in den Frauensport zu investieren. Umso wichtiger ist es, dass Sportlerinnen nicht nur aufgrund bemerkenswerter Erfolge in die Berichterstattung aufgenommen werden, sondern in jeglicher Hinsicht ebenso präsent sind wie ihre männlichen Kollegen. Denn es ist von großer Bedeutung, dass man auch junge Mädchen für sportliche Aktivitäten begeistert, was vor allem durch die stärkere mediale Präsenz von Sportlerinnen als Vorbilder erfolgen kann.

Um diesem Problem entgegenzuwirken, entwickelte man in Deutschland „Equalchamps“². „Equalchamps“ verbindet Sportlerinnen und Unternehmen. Anhand eines Algorithmus können individualisierte Sponsoringangebote passend zum Profil der Athletinnen gemacht werden. So entstehen tolle Kooperationen zwischen ambitionierten Sportlerinnen und sozial engagierten Unternehmen. Ziel dieses Konzeptes ist es, kurzfristig eine finanzielle Unterstützung für Sportlerinnen anzubieten, mittelfristig Sportlerinnen durch die Sponsorings und Kooperationen mit (Online-) und Printmedien sichtbar zu machen und langfristig eine Bewegung zu starten, die zum Umdenken in der Gesellschaft zu mehr Chancengleichheit beiträgt.

Im Regierungsprogramm der Wiener Stadtregierung ist unter dem Punkt „Mädchen im Sport fördern“ folgendes erwähnt:

„So werden wir Frauen- und Mädchensport auch weiterhin unsere besondere Aufmerksamkeit schenken und Sportangebote gleichberechtigt anbieten bzw. sichtbar machen“.

¹ <https://executiveacademy.at/de/news/detail/gender-pay-gap-im-fussball-rote-karte-fuer-die-gehaltsluecke>

² <https://www.equalchamps.de/>

Durch die Erstellung eines Konzepts wie „Equalchamps“ kann die Wiener Stadtregierung einen ersten Schritt machen, um Mädchen und Frauen im Sport tatsächlich zu fördern. Die gefertigten Gemeinderätinnen und Gemeinderäte stellen daher gem. § 27 Abs. 4 der Geschäftsordnung des Gemeinderates der Stadt Wien folgenden

Beschlussantrag:

Der Wiener Gemeinderat spricht sich für eine Aufwertung des Frauensports aus. Der Wiener Gemeinderat fordert den amtsführenden Stadtrat für Soziales, Gesundheit und Sport auf, ein Konzept zur finanziellen Unterstützung von Sportlerinnen umzusetzen (vgl. „Equalchamps“).

In formeller Hinsicht wird die sofortige Abstimmung beantragt.

Wien, 27.06.2022

Beschluss-(Resolutions-)antrag

der ÖVP-Gemeinderätinnen und Gemeinderäte Mag. Bernadette ARNOLDNER, Ingrid KOROSEC, Dr. Michael GORLITZER, Ing. Erol HOLAWATSCH, MSc, und Dr. Katarzyna GRECO, eingebracht in der Sitzung des Gemeinderates der Stadt Wien am 27.06.2022 zu Post 1 der Tagesordnung (Spezialdebatte Soziales, Gesundheit und Sport)

betreffend Ausbau weiterer Sportstätten in Wien

Um in Wien eine hohe Lebensqualität sicherzustellen, ist es wichtig auf die besondere Freizeitqualität der Stadt Wert zu legen. Hierbei spielen die Wiener Sportstätten eine entscheidende Rolle. In einer ständig wachsenden Stadt wie Wien, steigt auch der Bedarf an Sportmöglichkeiten konstant an. Zudem entwickelt sich der Sport stetig weiter, indem neue Trendsportarten entstehen und sich die Infrastrukturanforderungen zur Austragung internationaler Wettkämpfe ändern. Der Ausbau und die Modernisierung der Wiener Sportstätten sind daher unabdingbar, um die Lebensqualität der Wienerinnen und Wiener zu verbessern, den Sportvereinen beste Trainings- und Wettkampfmöglichkeiten zu bieten und die internationale Wettbewerbsfähigkeit des Sportstandorts Wien zu steigern.

Mit der Initiative „Sport.Wien.2030“ hat die Wiener Stadtregierung einen wichtigen ersten Schritt gemacht, da Sport und Bewegung in Wien auch in Zukunft einen wesentlichen Beitrag zur Lebensqualität und zum positiven Image der Stadt leisten. Um in diesem Zusammenhang alle Sportvereine und -verbände in die Planung zur Verbesserung und Optimierung einzubinden, wurde 2019 mit ihnen eine Bedarfsanalyse durchgeführt. Mehr als 200 Rückmeldungen aus fast allen anerkannten Sportarten wiesen auf den Bedarf an zusätzlichen Trainingsmöglichkeiten, insbesondere Hallensportarten, hin.

Die Wiener Sportinfrastruktur ist – wie im Sportstätten-Entwicklungsplan erwähnt – ein wichtiger Teil der Daseinsvorsorge der Stadt und der Sport ist auch ein Instrument für Integration, Inklusion und Identifikation. Jede Initiative im Sportbereich ist eine notwendige und wichtige Investition in die Zukunft aller Wienerinnen und Wiener.

Die Wiener Stadtregierung ist verpflichtet, allen Wienerinnen und Wienern ausreichend Möglichkeiten in Form von Sportstätten anzubieten, um ihnen die Ausübung ihres Sportes zu ermöglichen.

Die gefertigten Gemeinderätinnen und Gemeinderäte stellen daher gem. § 27 Abs. 4 der Geschäftsordnung des Gemeinderates der Stadt Wien folgenden

Beschlussantrag:

Der Wiener Gemeinderat bekennt sich zur Wichtigkeit des Ausbaus von Sportstätten, um allen Wienerinnen und Wienern ausreichend Möglichkeiten zu bieten, ihren Sport auszuüben. Der Wiener Gemeinderat fordert den amtsführenden Stadtrat für Soziales, Gesundheit und Sport auf, jährlich einen Bericht über den erreichten Fortschritt des Konzepts „Sport.Wien.2030“ zu veröffentlichen.

In formeller Hinsicht wird die sofortige Abstimmung beantragt.

Wien, 27.06.2022

Beschluss-(Resolutions-)antrag

der ÖVP-Gemeinderätinnen und Gemeinderäte Ing. Erol HOLAWATSCH, Msc, Ingrid KOROSEK, Dr. Katarzyna GRECO und Dr. Michael GORLITZER, eingebracht in der Sitzung des Gemeinderates der Stadt Wien am 27.06.2022 zu Post 1 der Tagesordnung (Spezialdebatte Soziales, Gesundheit und Sport)

betreffend Unterstützung von Familien mit Kindern mit Down-Syndrom

Es herrscht glücklicherweise parteiübergreifender Konsens, dass Menschen mit Behinderung vollwertige und wertvolle Mitglieder unserer Gesellschaft sind und alle Anstrengungen zu einer noch besseren Inklusion unternommen werden sollen. Die Wiener Volkspartei begrüßt deshalb auch grundsätzlich das Bekenntnis der Stadtregierung zu „Gelebte Inklusion und Partizipation“ (7.3 Koalitionsprogramm der Fortschrittskoalition) von Menschen mit Behinderung.

Über eine moralische und gesellschaftliche Verpflichtung hinaus hat sich Österreich auch durch die Ratifizierung der UN-Behindertenrechtskonvention dazu verpflichtet, die Rechte von Menschen mit Behinderten zu bewahren. Darunter fällt auch die Förderung der Bewusstseinsbildung (Kapitel 8 Behindertenrechtskonvention): *„Die Vertragsstaaten verpflichten sich, sofortige, wirksame und geeignete Maßnahmen zu ergreifen, um in der gesamten Gesellschaft, einschließlich auf der Ebene der Familien, das Bewusstsein für Menschen mit Behinderungen zu schärfen und die Achtung ihrer Rechte und ihrer Würde zu fördern.“* Diese Verpflichtung ist besonders fundamental, da ohne Einbindung der Familien von Menschen mit Behinderung die staatlichen Maßnahmen niemals ihre Wirkung entfalten können.

Angesichts des Bekenntnisses der Wiener Stadtregierung zu „Gelebte Inklusion und Partizipation“ und ohne Frage auch zu Kapitel 8 der UN-Behindertenrechtskonvention, ist es verwunderlich, dass die Stadt Wien nach Auskunft des Vereins Down-Syndrom Österreich das einzige Bundesland ist, das, mit Ausnahme der Spezialambulanz für Menschen mit Down-Syndrom in der Klinik Landstraße, in seinen Geburtskliniken und Diagnosezentren nicht das Gratis-Informationsmaterial dieses Vereins zur Verfügung stellt. Dazu gehören die Pränatalmappe und die Down-Syndrom Informationsbox. Diese Materialien dienen dazu, Eltern in einer ohne Zweifel schwierigen Zeit, auf Unterstützungs- und Hilfsleistungen hinzuweisen und leisten so einen Beitrag *„auf der Ebene der Familien, das Bewusstsein für Menschen mit Behinderungen zu schärfen und die Achtung ihrer Rechte und ihrer Würde zu fördern.“*

Die gefertigten ÖVP-Gemeinderätinnen und Gemeinderäte stellen daher gemäß § 27 Abs. 4 der Geschäftsordnung des Gemeinderates der Stadt Wien folgenden

Beschlussantrag:

Der Wiener Gemeinderat fordert den zuständigen amtsführenden Stadtrat für Soziales, Gesundheit und Sport auf, in allen Diagnosezentren und Geburtskliniken des Wiener Gesundheitsverbands das kostenlose Informationsmaterial des Vereins Down-Syndrom Österreich aufzulegen und betroffene Eltern auf dieses hinzuweisen.

In formeller Hinsicht wird die sofortige Abstimmung verlangt.

Wien, am 27.06.2022

Beschluss-(Resolutions-) antrag

der ÖVP-Gemeinderätinnen und Gemeinderäte Dr. Michael GORLITZER, Ingrid KOROSEC, Dr. Katarzyna GRECO und Ing. Erol HOLAWATSCH, Msc, eingebracht in der Sitzung des Gemeinderates der Stadt Wien am 27.06.2022 zu Post 1 der Tagesordnung (Spezialdebatte Soziales, Gesundheit und Sport)

betreffend Einrichtung einer Kinderintensivstation St. Josef Krankenhaus

Das St. Josef Krankenhaus in Wien-Hietzing zählt zu den größten und wichtigsten Geburtskliniken im deutschsprachigen Raum. Im Jahr 2021 wurden mehr als 4000 Geburten durchgeführt, darunter einige Risikogeburten. Die Kaiserschnitttrate liegt mit 25% deutlich unter dem österreichischen Durchschnitt. Kranke oder frühgeborene Kinder werden in einer eigenen Überwachungsstation auf der Abteilung für Neonatologie betreut, die ein wesentlicher Teil des Eltern-Kind Zentrum ist.

In einigen Fällen ist allerdings eine Versorgung in einer neonatologischen intensivmedizinischen Betreuung notwendig. Eine derartige Einrichtung ist sowohl in der Landeszielsteuerungskommission als auch im aktuellen regionalen Strukturplan Gesundheit vorgesehen.

Eine Intensivstation für Neugeborene in der größten österreichischen Geburtsklinik ist vor allem für die sichere Versorgung der bedürftigen Babys notwendig. Ein Transport ist wegen mangelnder Kinderintensivtransportmöglichkeiten schwierig und in der Phase unmittelbar nach der Geburt auch besonders gefährlich. Der Transport erfordert neben einer genauen Temperaturregelung auch einen hohen beatmungstechnischen Aufwand sowie eine Stabilisierung des Kreislaufs.

Außerdem ist die Betreuung einer derartigen intensivmedizinischen Station ein Teil der Ausbildung in der Neurologie sowie für die Erlangung der Anerkennung zum Facharzt notwendig.

Deswegen ist die Einrichtung einer Intensivstation für Neugeborene im St. Josef Krankenhaus von immenser Bedeutung.

Die gefertigten Gemeinderätinnen und Gemeinderäte stellen daher gem. § 27 Abs. 4 der Geschäftsordnung des Gemeinderates der Stadt Wien folgenden

Beschlussantrag:

Der Wiener Gemeinderat fordert die zuständigen Stellen der Stadt Wien auf, möglichst rasch die Einrichtung einer Kinderintensivstation im St. Josef Krankenhaus umzusetzen, wie es im aktuellen regionalen Strukturplan Gesundheit vorgesehen ist.

In formeller Hinsicht wird die sofortige Abstimmung verlangt.

Wien, 27.06.2022

Beschluss-(Resolutions-)antrag

der ÖVP-Gemeinderätinnen und Gemeinderäte Dr. Katarzyna GRECO, Ingrid KOROSEC, Dr. Michael GORLITZER und Ing. Erol HOLAWATSCH, Msc, eingebracht in der Sitzung des Gemeinderates der Stadt Wien am 27.06.2022 zu Post 1 der Tagesordnung (Spezialdebatte Soziales, Gesundheit und Sport)

betreffend Forcierung von Fem-Tech und Gendermedizin

“Women get sicker but men die quicker” ist ein bekannter Ausspruch aus den Sechzigerjahren und er bringt eines auf den Punkt: Männer und Frauen unterscheiden sich nicht nur in ihren biologischen Merkmalen, sie sind auch unterschiedlich krank. Frauen sind in einigen Aspekten zäher. Im Vergleich zu Männern sterben sie statistisch erwiesen seltener an Infektionen, bekommen Herzinfarkte rund acht Jahre später und leben länger. Dafür leiden sie häufiger an Autoimmunkrankheiten wie beispielsweise Morbus Crohn.

Die Medizin behandelt sie jedoch häufig gleich. Das Fundament der Dissonanz in einem ansonsten zumindest dem Anschein nach gerechten System, welches sich um alle Menschen mit der gleichen Sorgfalt kümmert, hat ihren Ursprung bereits in der Ausbildung. Nur wenige Medizinstudierende lernen, dass Frauen anders krank sind als Männer. Das kann schwerwiegende Folgen für ihre zukünftige Patientinnen und Patienten haben. Deshalb ist zukünftig ein spezifischer Schwerpunkt in der Ausbildung von Jungmedizinerinnen und -medizinerinnen zu setzen.

Zusätzlich ist ein aufstrebender Start-Up-Sektor zu unterstützen, der wirtschaftlich äußerst wertvoll sein wird, wir sprechen von 50 Milliarden US-Dollar, und der sich auf die Bedürfnisse der Frauen konzentrieren soll. Fem-Tech unterstützt Vorhaben in Forschung, Technologie und Innovation, z.B. werden Messgeräte zur hormonfreien Verhütung oder der Früherkennung von Krebs entwickelt. Weitere Förderungsfonds und sogar Ansiedlungsprämien sollten für die FEM-Tech Unternehmen ausgebaut werden.

Um eine lebenslange, gendergerechte, medizinische, psychosoziale und pflegerische Versorgung sicherzustellen, ist es essentiell, dass Gendermedizin mehr Beachtung im Gesundheitssystem und in der medizinischen Ausbildung sowie bei Forschungsförderungen im Einklang mit der forschenden Industrie findet.

Die gefertigten Gemeinderätinnen und Gemeinderäte stellen daher gem. § 27 Abs. 4 der Geschäftsordnung des Gemeinderates der Stadt Wien folgenden

Beschlussantrag:

Der Wiener Gemeinderat bekennt sich zu einer geschlechtsspezifischen Betrachtungsweise der Gesundheit von Frauen und Männern im Gesundheitswesen.

Ein bewusster Blick auf Gendermedizin als Querschnittsmaterie verspricht eine bessere Erkenntnis und somit ein optimiertes medizinisches Angebot. Deswegen werden die zuständigen Stellen der Stadt Wien aufgefordert, einen Förderungsfonds für den Fem-Tech-Sektor einzurichten sowie die neue Ausbildungsordnung, welche ab Jänner 2023 in Kraft tritt als Chance zu nutzen, genderspezifische Ausbildungsschwerpunkte zu integrieren, um an allen möglichen Fronten zu beginnen den Gender Health Gap zu schließen.

In formeller Hinsicht wird die sofortige Abstimmung verlangt.

Wien, 27.06.2022

Beschluss-(Resolutions-)antrag

der ÖVP-Gemeinderätinnen und Gemeinderäte Dr. Katarzyna GRECO, Ingrid KOROSEC, Dr. Michael GORLITZER und Ing. Erol HOLAWATSCH, MSc, eingebracht in der Sitzung des Gemeinderates der Stadt Wien am 27.06.2022 zu Post 1 der Tagesordnung (Spezialdebatte Soziales, Gesundheit und Sport)

betreffend gemeinsame Anmeldeplattform für Rettungsdienste und Krankentransporte

Bereits 2021 stellte die Wiener ÖVP mit Einbezug der anderen Fraktionen des Gemeinderates, den vorliegenden Beschlussantrag. Im Herbst desselben Jahres wurde ein Pilotprojekt zur besseren Koordinierung mit der Klinik Hietzing gestartet. Bis dato wurden keine Ergebnisse des Piloten veröffentlicht und es erfolgte auch noch kein Bericht dazu im Gesundheitsausschuss.

Die Magistratsabteilung 70 ist für die Koordination der Rettungsdienste in Wien verantwortlich. Täglich gehen ca. 1000 Notrufe ein. Im Stadtrechnungshofbericht vom November 2019 wurden einige Mängel bei der Notrufannahme aufgezeigt. Diesen wurde von Seiten der MA 70 mit strukturellen Veränderungen begegnet. Es zeigen sich jedoch weiterhin Schwachstellen in der Koordination der Rettungsdienste mit den Krankentransporten. Es gibt nach wie vor keine gemeinsame Strategie oder Ausbildung der in Wien registrierten Rettungsorganisationen. Im Vergleich zu München ist man in Wien seitens der gemeinsamen Organisation der Rettungsdienste weit hinterher.

Vor allem in Bezug auf Krisen- oder Katastrophenfälle ist eine gemeinsame Anmeldeplattform aller Rettungsdienste notwendig, wie sich das im November 2020 zeigte, als zahlreiche niederösterreichische Rettungsfahrzeuge angefordert werden mussten. Deswegen ist auch eine engere überregionale Zusammenarbeit sowie die Integration der Fahrtendienstzentrale zur Optimierung unbedingt notwendig.

Die gefertigten Gemeinderätinnen und Gemeinderäte stellen daher gem. § 27 Abs. 4 der Geschäftsordnung des Gemeinderates der Stadt Wien folgenden

Beschlussantrag:

Der amtsführende Stadtrat für Soziales, Gesundheit und Sport möge die Ergebnisse des Pilotprojektes dem Gesundheitsausschuss zur Verfügung stellen und bei positivem Outcome raschestmöglich eine gemeinsame Anmeldeplattform für Rettungsdienste und Krankentransporte umsetzen.

Es ist dabei auch entsprechend internationaler Standards eine gemeinsame Operation durch Integration der Leitstellen der MA 68 und 70 und der Fahrtendienstzentrale sowie eine stärkere Einbindung der Fahrtendienstunternehmen bei Patiententransporten zwecks Verringerung der Wartezeiten für Patienten und Entlastung der Rettungsorganisationen zu überlegen.

In formeller Hinsicht wird die sofortige Abstimmung verlangt.

Wien, 27.06.2022

Beschluss-(Resolutions-)antrag

der ÖVP-Gemeinderätinnen und Gemeinderäte Ingrid KOROSEC, Dr. Katarzyna GRECO, Dr. Michael GORLITZER und Ing. Erol HOLAWATSCH, MSc, eingebracht in der Sitzung des Gemeinderates der Stadt Wien am 27.06.2022 zu Post 1 der Tagesordnung (Spezialdebatte Soziales, Gesundheit und Sport)

betreffend politisches Bekenntnis zur Österreichischen Adipositas Allianz

Die Pandemie hat Spuren hinterlassen. Krankhaftes Übergewicht zählt dazu. In Österreich leben 2.557.358 übergewichtige Menschen. An Adipositas, auch als Fettleibigkeit bekannt, leiden 1.235.011 Personen. Die WHO schreibt, dass die Rate von Übergewicht und Fettleibigkeit in der gesamten WHO-Region Europa ein „epidemisches Ausmaß“ erreicht hat. Österreich liegt europaweit dazu noch auf dem besorgniserregenden 5. Platz, was den Prozentsatz an übergewichtigen, männlichen Personen betrifft.

Adipositas und auch Übergewicht sind Auslöser zahlreicher Begleit- und Folgeerkrankungen und kann die Lebenserwartung stark reduzieren. Etwa 80% aller Diabetes Mellitus Typs 2 Erkrankungen sind darauf zurückzuführen. Die meisten sind therapeutisch auf Blutdruckmedikamente eingestellt und haben massive Probleme mit ihrem Bewegungsapparat.

Fettleibigkeit ist eine gefährliche chronische Erkrankung und wird doch häufig nicht ernst genommen. Menschen mit Adipositas seien halt Genießer, heißt es dann zum Beispiel. Jedoch leiden Personen mit einem BMI von 30+ unter den Folgen der Erkrankung, meistens nicht nur körperlich. Laut einer Umfrage des Instituts für höhere Studien, gaben 11,7% der Befragten mit Adipositas an in den letzten 12 Monaten an einer Depression gelitten zu haben. Im Gegensatz zu lediglich 5,7% der Personen mit Normalgewicht. Eine Ursache des psychischen Leidens der Betroffenen ist sicherlich die Stigmatisierung und Diskriminierung. Ihr Krankheitszustand wird als „lifestyle-bedingt“ abgetan und verharmlost folglich die Tatsache, dass die Krankheit bereits im Jahre 2000 durch die WHO anerkannt wurde. Zuzüglich ist zu erwähnen, dass in rund 70% der Fälle die Genetik ein ausschlaggebender Faktor ist.

Eine Verhaltensänderung der Betroffenen von Adipositas kann nicht von heute auf morgen geschehen. Wenn man eine Lebensstilveränderung machen will braucht es eine lebenslange Unterstützung, vor allem dann, wenn es zu Rückfällen kommt. Hierfür sind vielerorts in Wien Kompetenzzentren zu bilden. Es braucht desweiterm stetige Aufklärung und Awarenessbildung seitens aller Stakeholder, und vor allem durch die Wiener Allgemeinmediziner und die Politik, damit Adipositas als chronische Erkrankung in den Gesundheitseinrichtungen und in der Gesellschaft endlich akzeptiert wird.

Am 21.06.2022 wurde die Österreichische Adipositas Allianz ins Leben gerufen, um sich der ernstzunehmenden, aber behandelbaren, Erkrankung anzunehmen (<https://www.adipositas.at/>).

Konkret fordern die drei für Adipositas relevanten Fachgesellschaften und eine Vertretung der Betroffenen gesundheitspolitisch:

- Die Anerkennung von Adipositas als eigenständige Erkrankung
- Ein Ende der Diskriminierung und Stigmatisierung von Betroffenen
- Eine effektive Verhältnisprävention
- Einen freien und einfachen Zugang für Menschen mit Adipositas zu einer individuell angepassten Therapie

Die gefertigten Gemeinderätinnen und Gemeinderäte stellen daher gem. § 27 Abs. 4 der Geschäftsordnung des Gemeinderates der Stadt Wien folgenden

Beschlussantrag:

Der Wiener Gemeinderat bekennt sich zu den Forderungen der Österreichischen Adipositas Allianz und wird entsprechende Maßnahmen zur Aufklärung und Prävention setzen.

In formeller Hinsicht wird sofortige Abstimmung beantragt.

Wien, 27.06.2022

Beschluss-(Resolutions-)antrag

der ÖVP-Gemeinderätinnen und Gemeinderäte Ingrid KOROSEC, Dr. Katarzyna GRECO, Dr. Michael GORLITZER und Ing. Erol HOLAWATSCH, MSc, eingebracht in der Sitzung des Gemeinderates der Stadt Wien am 27.06.2022 zu Post 1 der Tagesordnung (Spezialdebatte Soziales, Gesundheit und Sport)

betreffend Versorgungssicherheit in der Kinder- und Jugendpsychosomatik

Dass die COVID-19-Pandemie besonders negative Auswirkungen auf die Psyche von Kindern und Jugendlichen hat ist vielfach bewiesen. 56 Prozent der über 14-jährigen zeigen depressive Symptomatiken, die Hälfte davon Angststörungen. Die Auswirkungen des psychischen Leidens dieser vulnerablen Gruppe sind nicht selten körperlicher Natur.

Bei psychosomatischen Erkrankungen macht die Seele den Körper krank. Der Auslöser ist also eine psychische Erkrankung oder Überlastung, die sich über körperliche Symptome wie chronische Schmerzzustände oder Essstörungen äußern. Die Alltagssprache kennt diesen Zusammenhang schon sehr gut. So schlägt sich etwa der Stress auf den Magen oder das Herz ist schwer geworden.

Ein plakatives und besonders besorgniserregendes Beispiel ist die Magersucht bei Kindern. Der Wasser-Elektrolythaushalt ist in Folge der Mangelernährung gestört. Nebst einem irreversiblen Abbau der Knochen und Störungen der Herz- und Nierenfunktion, haben chronisch anorektische Patienten ein 16-prozentiges Risiko an der Erkrankung zu sterben. Desweiterm besteht ein hohes Suizidrisiko.

Eine aktuellen Übersichtsarbeit mit Daten von 36.485 Betroffenen aus 53 Studien ergab, dass Essstörungen einen Anstieg um 48 Prozent während der Pandemie verzeichnet hat (<https://onlinelibrary.wiley.com/doi/10.1002/eat.23704>).

Die Kinder- und Jugendpsychosomatik nimmt sich der Krankheitsbilder mit psychologischer Indikation wie Essstörungen, Ängste, rezidivierende Infektionen und funktionelle Störungen des Magen-Darm-Traktes (Reizdarm, nervöser Durchfall) an. Alle Psychosomatik-Stationen sind Einrichtungen für stationäre Psychotherapie. Im Unterschied zu den angrenzenden Fachgebieten liegt der Therapieschwerpunkt der Psychosomatik nicht in der Pharmakotherapie, sondern in Psychotherapie und psychotherapeutischen Strategien. Das Behandlungsteam ist interdisziplinär eng verknüpft und besteht aus Ärzten und Ärztinnen, Pflegekräften, Psychologen und Psychologinnen, Psychotherapeuten -therapeutinnen, Sozialarbeiter und -arbeiterinnen, Lehrkräften und Diätologen und Diätologinnen.

Aushängeschild ist die pädiatrische Psychosomatik im Krankenhaus Ottakring. Mit 30 stationären Betten und 6 ambulanten tagesklinischen Betten ist sie die Größte ihrer Art in Österreich. Sie verfügt auch über eine eigene Heilstätten Schule, um eine nahtlose therapeutische Versorgung zu gewährleisten.

Trotz der Größe der Abteilung gibt es bereits monatelange Wartezeiten. Der weitere Verbleib der Institution ist auch nicht sichergestellt.

Die gefertigten Gemeinderätinnen und Gemeinderäte stellen daher gem. § 27 Abs. 4 der Geschäftsordnung des Gemeinderates der Stadt Wien folgenden

Beschlussantrag:

Der Wiener Gemeinderat fordert die zuständigen Stellen der Stadt Wien auf, die Versorgungssicherheit in der Kinder- und Jugendpsychosomatik, ins besonders in der Klinik Ottakring, sicherzustellen, um präventiv eine prekäre Situation wie in der Kinderpsychiatrie gar nicht erst entstehen zu lassen. Bei weiterem Anstieg der Fallzahlen ist eine Adaption des Personalschlüssels anzudenken.

In formeller Hinsicht wird sofortige Abstimmung beantragt.

Wien, 27.06.2022

Beschluss-(Resolutions-)antrag

der ÖVP-Gemeinderätinnen und Gemeinderäte Mag. Bernadette ARNOLDNER, Ingrid KOROSEK, Dr. Michael GORLITZER, Ing. Erol HOLAWATSCH, MSc, und Dr. Katarzyna GRECO, eingebracht in der Sitzung des Gemeinderates der Stadt Wien am 27.06.2022 zu Post 1 der Tagesordnung (Spezialdebatte Soziales, Gesundheit und Sport)

betreffend Sportstättenanierungen

Im Sommer 2008 fand sowohl in Österreich als auch in der Schweiz die Fußball-Europameisterschaft statt. Als krönender Abschluss des Turniers, fand das EM-Finale zwischen Spanien und Deutschland im Wiener Ernst-Happel-Stadion statt. Während damals das Stadion noch gut genug war, um es als Austragungsort einzusetzen, kann heute davon nicht mehr die Rede sein. Grund dafür ist, dass am Ende des diesjährigen Nations-League-Spiels zwischen Österreich und Dänemark ein dänischer Nationalspieler knietief in einem Loch im Mittelkreis des Ernst-Happel-Stadions stand. Die letzte Sanierung liegt bereits vierzehn Jahre zurück. Diese führte man aus, um das Stadion 2008 fit für die Europameisterschaft zu machen, jedoch wurde damals nicht wirklich viel geändert, denn die Infrastruktur blieb nämlich die aus den 1980er Jahren.

Das Problem der mangelhaften Sportstätten in Wien besteht aber nicht erst seit diesem Monat. Schon 2020 interessierte sich der Wiener Stadtrechnungshof für die Wiener Sportstätten und prüfte daraufhin fünf Standorte. In seinem Bericht stellte der Stadtrechnungshof fest, dass zum Teil erhebliche bautechnische Mängel – offenbar über einen längeren Zeitraum – keiner Behebung zugeführt worden waren. Weiters kritisierte der Stadtrechnungshof auch eine Reihe von sicherheitstechnischen Mängeln sowie Mängel anderer Art.

Der Stadtrechnungshof wünschte sich, dass die Stadt Wien den Zustand und die Instandsetzungsmaßnahmen ihrer Sportanlagen umfänglicher und intensiver kontrollieren möge. Mit der Initiative „Sport.Wien.2030“ hat die Wiener Stadtregierung einen wichtigen ersten Schritt gemacht, da Sport und Bewegung in Wien auch in Zukunft einen wesentlichen Beitrag zur Lebensqualität und zum positiven Image der Stadt leisten. Durch dieses Investitionsprogramm sollen – wie auf Seite 26 des Sportstätten-Entwicklungsplanes erwähnt – die umfassenden und notwendigen Sanierungen sämtlicher in Bestand gegebener Sportstätten (154 Sportanlagen) intensiviert werden. Jedoch mangelt es dem Sportstätten-Entwicklungsplan in vielen Bereichen an konkret definierten Zeitpunkten der Durchführung dieser Sanierungen. Die konkrete Nennung der Sanierungszeitpunkte ist notwendig, um sicherzustellen, dass die Ziele des Sportstätten-Entwicklungsplanes bis 2030 tatsächlich eingehalten werden.

Die Wiener Sportinfrastruktur ist – wie im Sportstätten-Entwicklungsplan erwähnt – ein wichtiger Teil der Daseinsvorsorge der Stadt und Sport ist auch ein Instrument für Integration, Inklusion und Identifikation. Jede Initiative im Sportbereich ist eine notwendige und wichtige Investition in die Zukunft aller Wienerinnen und Wiener.

Die gefertigten Gemeinderätinnen und Gemeinderäte stellen daher gem. § 27 Abs. 4 der Geschäftsordnung des Gemeinderates der Stadt Wien folgenden

Beschlussantrag:

Der Wiener Gemeinderat fordert den amtsführenden Stadtrat für Soziales, Gesundheit und Sport auf, eine Neuerrichtung oder Generalsanierung des Ernst-Happel-Stadions in die Wege zu leiten sowie eine umfangreiche Prüfung der übrigen Wiener Sportstätten durchzuführen und diese – wenn notwendig – auf den neuesten bau- sowie sicherheitstechnischen Stand zu bringen.

In formeller Hinsicht wird die sofortige Abstimmung beantragt.

Wien, 27.06.2022

Beschluss-(Resolutions-)antrag

der ÖVP-Gemeinderätinnen und Gemeinderäte Ing. Erol HOLAWATSCH, MSc, Mag. Bernadette ARNOLDNER, Ingrid KOROSEK, Dr. Michael GORLITZER und Dr. Katarzyna GRECO, eingebracht in der Sitzung des Gemeinderates der Stadt Wien am 27.06.2022 zu Post 1 der Tagesordnung (Spezialdebatte Soziales, Gesundheit und Sport)

betreffend Wien als Austragungsort für die nationalen Special-Olympics Sommerspiele

Special Olympics ist die größte internationale Sportbewegung für Menschen mit intellektueller Beeinträchtigung. Für mehr als 6,7 Millionen Athleten (Kinder ab 8 Jahre, Jugendliche und Erwachsene) bietet Special Olympics weltweit in 190 Ländern ganzjährige Trainings- und Wettkampfmöglichkeiten in 32 verschiedenen olympischen Sportarten an. Diese Sportarten sind so gestaltet, dass möglichst viele Menschen mit intellektueller Beeinträchtigung daran teilnehmen und sich ihrer Behinderung entsprechend mit annähernd gleich starken Sportlern messen können.

Alle zwei Jahre veranstaltet Special Olympics österreichweite Wettkämpfe. Die letzten Winterspiele gingen im Jänner 2020 in der Region Villach und Umgebung über die Bühne. Im Juni 2022 fanden die nationalen Sommerspiele in Burgenland stattfinden. Die nächsten nationalen Winterspiele sind übrigens für 2024 in der Steiermark geplant. Da Wien in der Vergangenheit schon für die unterschiedlichsten Sportevents als Austragungsort gedient hat, steht der Austragung der Special-Olympics Sommerspiele nichts im Wege.

Die gefertigten Gemeinderätinnen und Gemeinderäte stellen daher gem. § 27 Abs. 4 der Geschäftsordnung des Gemeinderates der Stadt Wien folgenden

Beschlussantrag:

Der Wiener Gemeinderat spricht sich dafür aus, dass sich die Stadt Wien dafür bewirbt, Austragungsort für die kommenden Sommerspiele zu werden. Der zuständige Stadtrat wird aufgefordert, sich um eine Teilnahme Wiens zu bemühen und die notwendigen Schritte in die Wege zu leiten.

In formeller Hinsicht wird die sofortige Abstimmung beantragt.

Wien, 27.06.2022